

Abstimmung vom 27. November:

Bildungsrat nicht entmachten!

Der Bildungsrat des Kantons Baselland setzt sich aus 12 Mitgliedern, die vom Landrat auf Vorschlag des Regierungsrats gewählt werden, sowie dem Vorsteher der BKSD zusammen. Die Amtliche Kantonalkonferenz der LehrerInnen (AKK) hat das Recht, 3 VertreterInnen zur Wahl in den Bildungsrat vorzuschlagen, ausserdem nehmen je 2 VertreterInnen der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen dort Einsitz. Der Bildungsrat ist somit ein politisch breit abgestütztes Gremium, in welchem sowohl Wirtschaft, als auch Politik und Lehrerschaft angemessen vertreten sind. Der Bildungsrat hat klar umrissene Kompetenzen, er bestimmt Bildungsinhalte, Stundenzuteilungen der einzelnen Fächer und die entsprechenden Lehrmittel. In diesem ausgewogen zusammengesetzten Fachgremium besteht die Möglichkeit, sachbezogene Diskussionen zu führen und lösungsorientiert zu arbeiten.

Im November letzten Jahres beschloss das Baselbieter Parlament, dass in Zukunft der Landrat abschliessend über die Stufenlehrpläne und Stundentafeln der Volksschulen bestimmen solle, indem er neu die Entscheide des Bildungsrates genehmigt. Da die erforderliche 4/5-Mehrheit für diese Änderung des Bildungsgesetzes nicht erreicht wurde, kommt es jetzt zur Volksabstimmung.

Würde diese Änderung angenommen, wäre der Kanton Baselland alleine auf weiter Flur. In keinem der 21 Kantone, für die der Lehrplan 21 gelten soll, werden die Lehrpläne und Stundentafeln durch das Parlament genehmigt. Sie werden entweder durch den Regierungsrat oder durch den Bildungsrat genehmigt und das ist auch gut so. Lehrpläne und Stundentafeln sind zentrale Elemente der Schulgestaltung und sollten nicht parteipolitischen Zänkereien oder gar ideologischen Zwängereien ausgesetzt werden, sondern sachlich diskutiert und entschieden werden. Aus diesem Grund setzt sich der vpod region basel für die Ablehnung der Änderung des Bildungsgesetzes ein. Bildungsinhalte, Stundentafeln und Lehrpläne dürfen nicht zum Spielball der Parteipolitik werden, deshalb

Nein zur Änderung des Bildungsgesetzes!